

2. DIE LINKE. Geschichte, Struktur und Mitgliederentwicklung bis 2019

2.1 Entwicklung

Die Geschichte der Partei DIE LINKE, die sich als eine Chronik geprägt von zahlreichen Abspaltungen und Zusammenschlüsse darstellt, kann nach Decker 2018 wesentlich in drei historische Phasen unterteilt werden: Die Vorgeschichte (1917–1989), die Geschichte der SED/PDS bzw. PDS zwischen 1989/90 und 2007 und die Geschichte der gesamtdeutschen LINKEN in den Folgejahren bis heute.¹ Das Selbstverständnis der Partei reicht jedoch mit Bezug auf ihre historischen Wurzeln bis in die Arbeiter- und Frauenbewegungen des 19. Jahrhunderts sowie in die Gründung der deutschen Sozialdemokratie zurück, deren Traditionen im Erfurter Programm der LINKEN von 2011 als Verpflichtung für die Partei deklariert werden.²

DIE LINKE sieht sich sowohl in die Traditionslinien der frühen deutschen Sozialdemokratie als auch deren Abspaltungen, die sich aus den Konfliktlinien der SPD zum »Burgfrieden« während des Ersten Weltkriegs im Kaiserreich bildeten und sich in der Gründung von zwei Parteien manifestierten: die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 1917 und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) während der Novemberrevolution 1918/19. Für das Selbstverständnis der Partei bilden diese Spaltungsprozesse insofern eine Zäsur, als die Traditionslinie der Sozialdemokratie ab 1917 gegenüber einer betonten Identifikation mit USPD und KPD in den Hintergrund tritt. Bis heute haben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg einen besonderen Stellenwert in der innerparteilichen Erinnerungskultur und Identität: Das jährliche Gedenken an die Ermordung Liebknechts/Luxemburgs am 15. Januar 1919, die Namensgebung der Parteizentrale (Karl-Liebknecht-Haus) und der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung sind dafür tragende Beispiele.³

Zum 100. Jahrestag der KPD-Gründung betonte DIE LINKE ihren historischen Bezug zur Partei, sie distanzierte sich jedoch von Entwicklungen innerhalb der KPD nach

1 Vgl. Decker 2018.

2 Vgl. DIE LINKE 2011a.

3 Vgl. Decker 2018.

dem gescheiterten »Deutschen Oktober« 1923. Der Parteivorsitzende Bernd Riexinger kritisierte auf einer gemeinsamen Tagung der Berliner Fraktion mit dem Parteivorstand am 7. Januar 2019 die zunehmende Bolschewisierung der Partei unter dem Einfluss der sowjetischen KPdSU ab 1923/24, die die KPD unter den nach wie vor vorwiegend sozialdemokratisch geführten Arbeitern in eine »verhängnisvolle Isolierung«⁴ geleitet habe. Ebenso verhängnisvoll sei es für die KPD gewesen, die Sozialdemokratie als eigentliche Gefahr in der Weimarer Republik zu erklären und sich bis 1935 jeglicher Kooperation mit Sozialdemokraten zu verweigern.⁵ Ebenfalls im Rahmen des 100. Jahrestags der KPD-Gründung stellte die historische Kommission der Partei DIE LINKE ergänzend fest:

»In ihrem Erfurter Programm vom Oktober 2011 bekennt sich die Partei DIE LINKE zu ihrer Herkunft und ihren Traditionen auch aus der kommunistischen Bewegung. Dieses Bekenntnis ist unlösbar verbunden mit einer prinzipiellen Absage an den Stalinismus als System.«⁶

In diesem Zusammenhang wird auch die Vereinigung der KPD und SPD zur SED in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Krieg von der LINKEN als »bis heute [...] umstritten«⁷ anerkannt.

Die Geschichte der SED/PDS (ab Februar 1990 PDS) beginnt 1989 mit dem Rücktritt der SED-Parteispitze und der auf dem außerordentlichen Parteitag im Dezember des gleichen Jahres gefällten Entscheidung, die Partei fortbestehen zu lassen.⁸ Die Bezeichnung als SED-Nachfolgepartei traf für die PDS höchstens in einem formal-rechtlichen, nicht aber in einem politischen, Kontext zu.⁹ Die PDS hatte mit den Dogmen der diktatorischen Staatspartei gebrochen: Die Abkehr von stalinistischen Strukturen und dem ideologischen Überbau des Marxismus-Leninismus als einzig richtige Weltanschauung sowie die Abkehr vom innerparteilichen Prinzip des demokratischen Zentralismus und der Wandel von der führenden Partei der Arbeiterklasse hin zum Sammelbecken der Linken verdeutlichen die Zäsur.¹⁰ Anders als in den übrigen Staaten des Ostblocks musste das aus der alten Bundesrepublik übernommene Parteiensystem in Ostdeutschland nicht neu aufgebaut werden. Mit Ausnahme von Tschechien hatten sich die Nachfolger der kommunistischen Parteien in Osteuropa zu »quasi-sozialdemokratischen«¹¹ entwickelt, die in ihren Regierungsbeteiligungen harte marktwirtschaftliche Reformen durchführen mussten. Demgegenüber stand die PDS als linkssozialistische Partei in größerer Kontinuität zu ihrer Vorgängerin.¹² Postkommunisten und Sozialdemokraten gingen in Deutschland keinen gemeinsamen Weg und als neue, fünfte Partei im Parteiensystem des wiedervereinigten Deutschlands stand die PDS der äußeren Herausforderung einer

4 Riexinger 2019.

5 Vgl. ebenda.

6 DIE LINKE 2018a.

7 Ebenda.

8 Vgl. Decker 2018.

9 Vgl. ebenda.

10 Vgl. Neu 2018, S. 385.

11 Decker 2018.

12 Vgl. Decker 2018.

weitgehenden politischen Isolation seitens Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Friedensbewegungen in Westdeutschland gegenüber, die erst 2005 mit der Kooperation mit der WASG überwunden werden konnte.¹³ Die PDS hatte dennoch von Beginn an ihre Rolle im bundesdeutschen Parteiensystem diskutiert und trotz mehrheitlicher innerparteilicher Stimmen, die sich für einen Kurs als reine Oppositionspartei aussprachen¹⁴, gab es in Ostdeutschland Ausnahmen: die Duldung einer rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl 1994 (Magdeburger Modell), die erste rot-rote Koalition in Mecklenburg-Vorpommern 1998 sowie die Bildung eines rot-roten Senats nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001.¹⁵ Trotz ihrer weitgehend isolierten Position gelang es der PDS in dieser Phase, sich als Regionalpartei in den neuen Bundesländern in ihrer Rolle als »konsequente Fürsprecherin des Ostens«¹⁶ zu etablieren.¹⁷

Im Inneren war die PDS mit nicht weniger großen Herausforderungen konfrontiert. Mit dem Staatszerfall der DDR war die Partei auf etwa acht Prozent ihrer ursprünglichen Größe geschrumpft und funktionsfähige Strukturen zerbrochen. Auch die innerparteiliche Konfliktlinie zwischen Reformern und Fundamentalisten wurde durch Wahlerfolge und die o.g. Regierungsbeteiligungen auf Landesebene verschärft.¹⁸ Starke Wandlungsprozesse sollten die Partei besonders in den Jahren bis 2007 prägen. Diese fanden nicht zuletzt in vier Namensänderungen seit 1990 Ausdruck (1989/90 SED/PDS, 1990 PDS, 2005 Linkspartei.PDS, ab 2007 DIE LINKE).¹⁹ Die wichtigste Zäsur nach 1990 stellt wohl 2005 die Kooperation mit der WASG – die sich in den alten Bundesländern nach unter Oskar Lafontaine als Abspaltung der SPD gebildet hatte – dar. Durch die Kandidaten der WASG auf den Listen der Linkspartei.PDS gelang es der Partei bei der Bundestagswahl 2005 erstmals, auch im Westen der Bundesrepublik Wahlerfolge zu erzielen (4,9 Prozent 2005 gegenüber 1,1 Prozent 2002)²⁰ und sich in einem gesamtdeutschen Kontext zu etablieren. Die Kooperation beider Parteien mündete schließlich im Zusammenschluss zur Partei DIE LINKE am 16. Juni 2007.

Trotz anfänglicher elektoraler Erfolge ab 2007 – DIE LINKE war nach dem Zusammenschluss in sieben von zehn westdeutschen Landesparlamenten vertreten und erreichte mit 11,9 Prozent bei der Bundestagswahl 2009 ihr bis heute bestes Wahlergebnis auf Bundesebene – gelang es nicht, die Partei programmatisch zu einen. Die alten Konfliktlinien der PDS bestanden nach wie vor und wurden nunmehr durch den Gegensatz zwischen ideologisch-radikaleren Kräften in den West-Landesverbänden und einer eher pragmatisch agierenden Partei im Osten ergänzt.²¹ Auch das in Erfurt 2011 beschlossene Grundsatzprogramm, das bis heute gilt, schaffte es in dieser Zeit

13 Vgl. Neu 2018, S. 386.

14 Vgl. Fehrle 2008.

15 Vgl. Decker 2018.

16 Ebenda.

17 Alle Wahlergebnisse werden in Abb. 1 dargestellt.

18 Vgl. ebenda.

19 Vgl. Spier 2017, S. 191.

20 Vgl. Decker 2018.

21 Vgl. Decker 2018.

nicht, die parteiinternen Konflikte in der »Partei der Widersprüche«²² vollständig zu beschwichtigen.²³

Nach der Verabschiedung des Erfurter Programms folgte mit Blick auf die Wahlerfolge der LINKEN eine durchwachsene Zeit.²⁴ Einerseits schaffte es die Partei nicht, sich dauerhaft in den Landesparlamenten der alten Bundesländer zu etablieren und schied aus zahlreichen Landtagen nach den anfänglichen Wahlerfolgen wieder aus.²⁵ Andererseits gelang es mit Bodo Ramelow nach der Wahl in Thüringen 2014 einen Ministerpräsidenten zu stellen, der auch aus der Folgewahl 2019 als Wahlsieger hervorging. Auch im Senat Müller II, der sich nach der Berliner Wahl 2016 bildete, wurde DIE LINKE Teil der rot-rot-grünen Regierungskoalition. Zu den größten Herausforderungen für DIE LINKE gehört seit 2014 der nachhaltige Wahlerfolg der AfD in den neuen Bundesländern, der den politischen Wettbewerb der Partei im Osten erschwert.²⁶ Durch eine massive Abwanderung von Wählern erzielte DIE LINKE in den jüngsten Ost-Landtagswahlen signifikant niedrigere Ergebnisse: 13,2 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern 2016 (-5,2 Prozentpunkte), 16,3 Prozent in Sachsen-Anhalt 2016 (-7,4 Prozentpunkte), 10,7 Prozent in Brandenburg 2019 (-7,4 Prozentpunkte) und 10,4 Prozent in Sachsen 2019 (-8,5 Prozentpunkte). Lediglich Thüringen, wo DIE LINKE ihr Ergebnis 2019 mit 31,0 Prozent im Vergleich zur vorherigen Wahl um 2,8 Prozentpunkte steigern konnte, stellt einen Sonderfall dar. Trotz des Stimmenverlusts im Osten gelang es der LINKEN ihr Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017 leicht zu steigern: Mit 9,2 Prozent schnitt die Partei 0,6 Prozentpunkte besser ab als 2013 – eine »positive Kehrseite« für DIE LINKE, die sich ebenfalls maßgeblich auf den Wahlerfolg der AfD zurückführen lässt. Mit dem Aufkommen der AfD rückte die Option einer rot-rot-grünen Regierungskoalition auf Bundesebene in weite Ferne, wodurch sich für DIE LINKE im Wahlkampf insofern eine größere programmatische Freiheit ergab, als sich die Partei nicht mit den zwangsläufig notwendigen Zugeständnissen in einem solchen Bündnis beschäftigen musste. Interne Konflikte spielten folglich im Wahlkampf eine weniger tragende Rolle, wodurch nicht zuletzt gute Ergebnisse in den alten Bundesländern erzielt werden konnten, die die schlechteren Resultate im Osten ausglich.²⁷ Wenngleich sich durch diese Entwicklung eine elektorale Stabilität – zumindest bei der Bundestagswahl 2017 – ergeben hatte, stellt sie doch auch eine Zäsur in der Parteigeschichte dar: Erstmals war nicht mehr die Stärke in den neuen Bundesländern der Schlüsselfaktor für die Erfolge bei Bundestagswahlen, die die wesentlich schlechteren Ergebnisse im Westen aufwogen. Vielmehr zeigte sich 2017 ein umgekehrtes Bild, dessen Auswirkungen sich nicht zuletzt auf parteiinterne Machtverhältnisse niederschlagen sollten.

22 Leonhard/Leonhard 2009, S. 191.

23 Vgl. Neu 2018, S. 389.

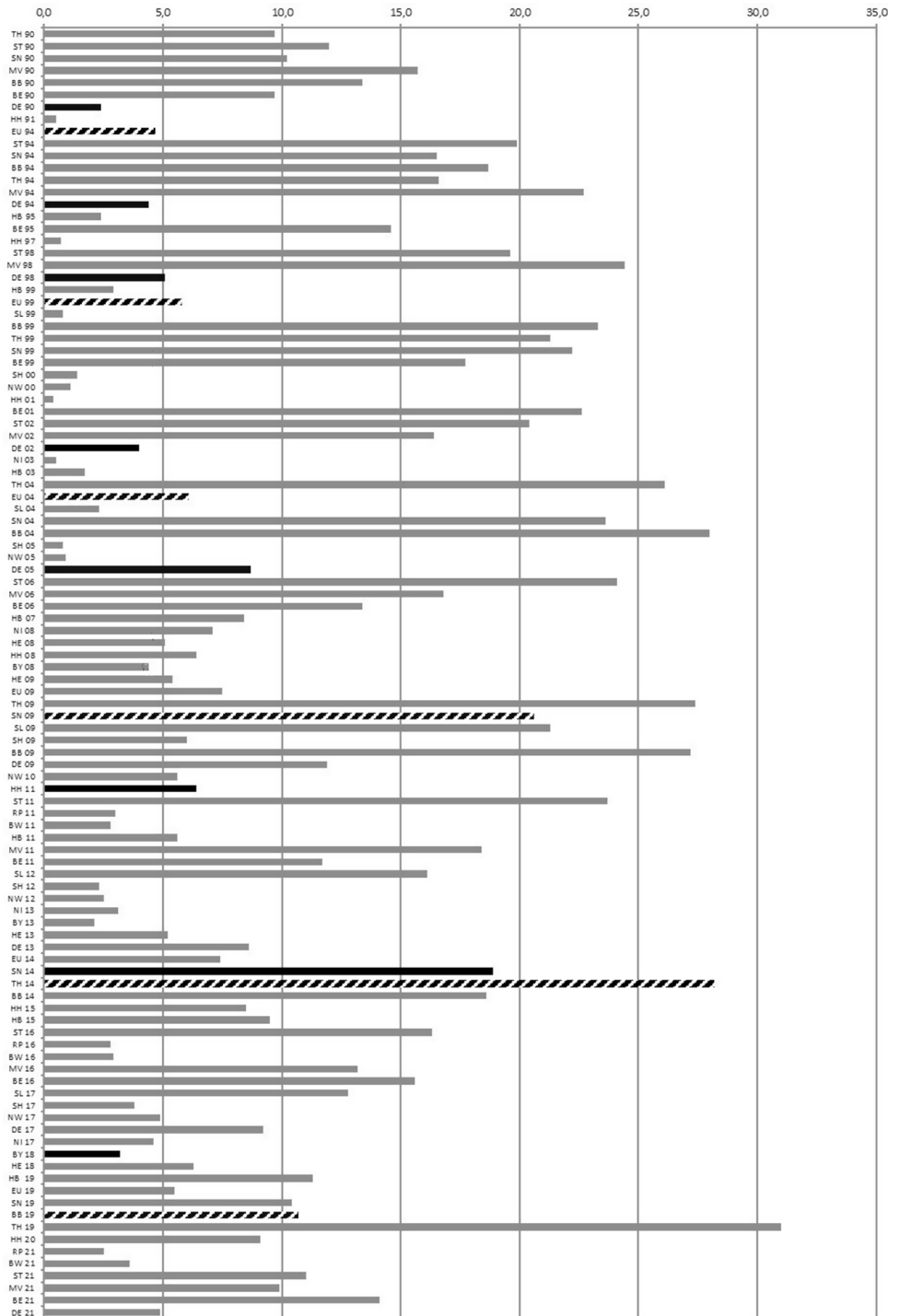
24 Vgl. ebenda, S. 390.

25 Nordrhein-Westfalen 2012, Schleswig-Holstein 2012, Niedersachsen 2013.

26 Vgl. Decker 2018.

27 Vgl. Decker 2018.

Abbildung 1: Wahlergebnisse der LINKEN/PDS bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen zwischen 1990 und 2021 in Prozent



Eigene Darstellung auf Datengrundlage von Tagesschau 2022

2.2 Parteistruktur

DIE LINKE zeichnet sich hinsichtlich ihrer Organisation vor allem durch zahlreiche gleichgeordnete formelle und informelle Strukturen sowie – stärker als bei anderen Parteien – ein Nebeneinander verschiedenster ideologischer Strömungen aus. Gleichzeitig zeigen sich strukturelle Unterschiede zwischen Ost- und West-Landesverbänden.²⁸

Die formale Struktur der Partei zeichnet sich zunächst durch das im Parteiengesetz territoriale Prinzip²⁹ sowie die gesetzlich vorgegebenen Organe³⁰ aus: Vertikale Ordnung in Orts-³¹, Kreis- und Landesverbände³², Parteitag als höchstes Organ³³ sowie der Parteivorstand als politisches Führungsorgan³⁴ zeichnen das für Parteien im politischen System der Bundesrepublik übliche Bild. Als »das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand«³⁵ definiert die Bundessatzung zudem den Bundesausschuss als weiteres Gremium neben dem Parteivorstand, das aus insgesamt 60 Vertretern mit beschließender Stimme aus den Landesverbänden besteht. Der Bundesausschuss begegnet dem Parteivorstand hinsichtlich seiner Bedeutung und Kompetenzen jedoch nicht auf Augenhöhe.³⁶

Trotz des dominierenden Delegiertenprinzips bei der Entscheidungsfindung (Parteitag) setzt DIE LINKE – insbesondere in jüngster Vergangenheit – verstärkt auf direktdemokratische Verfahren wie Mitgliederentscheide.³⁷ Beispiele hierfür bilden Direktwahlen von Spitzenkandidaten, wie etwa im Vorfeld der sächsischen Landtagswahl 2019 mit Rico Gebhardt oder – zumindest in Teilen – Regionalkonferenzen mit Abstimmungsverfahren zu Parteitageanträgen³⁸. Auch bei Grundsatzentscheidungen in der Gründungsphase der LINKEN wurde auf direktdemokratische Instrumente gesetzt: So gehen etwa der Zusammenschluss von PDS und WASG sowie der Erhalt der Doppelspitze mit mindestens einer Frau (Rostocker Parteitag 2010) ebenfalls auf

28 Vgl. ebenda.

29 Vgl. §7 Abs. 1 PartG.

30 Vgl. §8 und §9 PartG.

31 Einen eigenständigen Artikel zu den Ortsverbänden gibt es in der Bundessatzung der LINKEN nicht. Sie werden lediglich in §13 (Kreisverbände) Abs. 8 als dem Kreisverband nachgeordnete Gebietsverbände definiert, die auf Beschluss des Kreisvorstandes oder des Kreisparteitages gebildet werden können. Auch die Bundesfinanzordnung der Partei DIE LINKE erfasst in §1 Abs. 4 den Kreisverband, nicht den Ortsverband, als die niedrigste Gliederungsebene, die Rechenschaft über Einnahmen und Ausgaben abgeben muss.

32 Vgl. §12 (Landesverbände) und §13 (Kreisverbände) Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

33 Vgl. §15 Abs. 1 Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Mindestens einmal pro Kalenderjahr findet ein ordentlicher Parteitag statt. Mit beschließender Stimme gehören ihm 500 Delegierte aus den Gliederungen sowie Delegierte aus dem Jugendverband und den bundesweiten innerparteilichen Zusammenschlüssen an.

34 Vgl. §18 Abs. 1 Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Der Parteivorstand besteht aus insgesamt 44 Mitgliedern, darunter 12 Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands, die durch den Parteitag für zwei Jahre gewählt werden.

35 §21 Abs. 1 Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

36 Vgl. Decker 2018.

37 Vgl. ebenda.

38 Vgl. DIE LINKE.Sachsen 2018.

Mitgliederentscheide zurück.³⁹ Die letztgenannte Durchsetzung der Geschlechterquotierung erfasst heute die gesamte Partei und bildet ein weiteres Organisationsprinzip der LINKEN. Demnach sind Parteigremien und Fraktionen gemäß der Satzung mit mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.⁴⁰

Ein besonderes Merkmal der LINKEN in der deutschen Parteienlandschaft bildet das ebenso breite wie komplexe Spektrum an politischen Strömungen, das der LINKEN den »Charakter einer sozialistischen Sammlungspartei«⁴¹ oder »Strömungspartei«⁴² verleiht. Wenngleich die bipolare Unterscheidung der pragmatischen realpolitischen Partei im Osten (»Reformer«⁴³) und der dogmatischen Partei im Westen (»Traditionalisten«⁴⁴) eine erste Einordnung liefert⁴⁵, greift dieser Dualismus auf den zweiten Blick zu kurz. Während sich das Lager der Reformer noch überschaubar in seinem wichtigsten innerparteilichen Zusammenschluss, dem Forum Demokratischer Sozialismus (fds), manifestiert, weisen bereits die dogmatischeren Zusammenschlüsse mit der Kommunistischen Plattform (KPF), der Antikapitalistischen Linken (AKL), der Sozialistischen Linken (SL) und der 2018 gegründeten BAG Bewegungslinke eine größere Heterogenität auf. Andere Zusammenschlüsse wie die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) können durch den Dualismus nicht bzw. nur schwer erfasst werden und nehmen im Spektrum eine Mittelstellung ein.⁴⁶ Aus den derzeit 38 innerparteilichen, »bundesweiten Zusammenschlüssen«⁴⁷ (Bundesarbeitsgemeinschaften oder BAGs) – in der LINKEN gibt es offiziell keine Flügel – und zahlreichen weiteren Zusammenschlüssen in den einzelnen Landesverbänden (Landesarbeitsgemeinschaften oder LAGs) ergibt sich somit eine stark fragmentierte Bandbreite politischer Strömungen und Interessengruppen. Anerkannte Zusammenschlüsse können zudem je nach personeller Größe entscheidend auf innerparteiliche Abstimmungen und Wahlen einwirken, da sie durch die Satzung der LINKEN berechtigt sind, Delegierte mit beschließender Stimme in die Parteitage zu entsenden: Bereits ab einer Größe von 250 Personen erhält ein Zusammenschluss zwei Delegiertenmandate auf dem Bundesparteitag, ab 1000 Parteimitgliedern darf er acht Delegierte – die Maximalzahl – entsenden.⁴⁸ Weiteres Gewicht erhalten die Zusammenschlüsse durch ihr Wirken bis in die Führungsetage der Partei⁴⁹: So war der Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion, Dietmar Bartsch, fds-Mitglied, während Sahra Wagenknecht 2006 zu den Unterzeichnerinnen des AKL-Gründungsaufrufs gehörte. Auch die Beispiele der ehemaligen Parteivorsitzenden Katja Kipping, die der

39 Vgl. ebenda.

40 Vgl. §10 Abs. 4 u. Abs. 5 Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

41 Decker 2018.

42 Wilke/Baron 2009, S. 16.

43 Decker 2018; Pfahl-Traughber 2013, S. 548.

44 Pfahl-Traughber 2013, S. 548.

45 Vgl. Höhne 2016, S. 22; Oppelland/Träger 2012, S. 189.

46 Vgl. Decker 2018.

47 DIE LINKE 2020.

48 Vgl. §16 Abs. 8 Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Die Anzahl der Delegiertenmandate aus Zusammenschlüssen darf jedoch 50 nicht überschreiten. Die Bundessatzung ermächtigt den Parteivorstand, in diesem Fall den Schlüssel proportional anzupassen.

49 Vgl. Decker 2018.

Ema.Li zugerechnet wird, und Bernd Riexinger, der in der SL organisiert ist, unterstreichen die Bedeutung der verschiedenen Strömungen.⁵⁰ Diese Verwurzelung in der politischen Spitze reicht so weit, dass medial über politische Lager innerhalb der LINKEN nicht selten personifiziert berichtet wird: »Wagenknecht-Lager«⁵¹, »Wagenknecht-Flügel«⁵², »Bartschs Reformer-Lager«⁵³ oder »Kipping-Lager«⁵⁴.

Dass die Zusammenschlüsse selbst keine statischen, homogenen Gruppierungen sind, sondern bestimmten Dynamiken unterliegen, belegen zudem strömungsinterne Konflikte und strömungsübergreifende Zusammenarbeiten. So traten Bartsch und Wagenknecht in ihrer gemeinsamen Zeit als Doppelspitze der Bundestagsfraktion – trotz ihrer Zugehörigkeit zur jeweils entgegengesetzten Strömung – eher geeint als gespalten auf⁵⁵. Auf der anderen Seite kam es im Vorfeld des Leipziger Parteitags 2018 zum Konflikt innerhalb des fds, worauf vier gewichtige Mitglieder⁵⁶ den Zusammenschluss verließen. Diese kritisierten vor allem das Verhalten des fds im Konflikt zwischen Fraktionsführung und Parteispitze zu migrationspolitischen Fragen.⁵⁷

2.3 Mitgliederentwicklung

Mit Bezug auf die Entwicklung der absoluten Mitgliederzahlen innerhalb der PDS/LINKEN können seit der Wiedervereinigung mehrere Phasen und Zäsuren beobachtet werden.⁵⁸ Ausgehend von über 280.000 Mitgliedern durch das strukturelle Erbe der SED im Jahr 1990, erreichte die Partei zu Beginn der 2000er Jahre mit etwa 70.000 Mitgliedern nur noch etwa ein Viertel ihrer ursprünglichen Stärke – gemessen an der Zahl der Parteibücher. In dieser ersten Phase eines starken und stetigen Rückgangs halbierten sich die Mitgliederzahlen im Zuge von massenhaften Austritten bereits in den Jahren 1990 bis 1993, wodurch eine erste Zäsur markiert wurde. Eine zweite Zäsur stellten mit Blick auf den relativen Mitgliederschwund die Jahre 2002 bis 2004 dar, in denen DIE LINKE vor dem Hintergrund der gescheiterten Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2002 und den daraus resultierenden zugespitzten parteiinternen Konflikten⁵⁹ pro Jahr zwischen 6,6 (2004) und 9,0 Prozent (2002) ihrer Mitglieder verlor und auf nunmehr etwas mehr als 60.000 Mitglieder schrumpfte. In der Gesamtschau

50 Vgl. Riel 2018.

51 Hebel 2019.

52 Herrmann 2019.

53 Ebenda.

54 Schuler 2019.

55 Vgl. ZEIT Online 2019; Hübner/Kalbe 2019; Hagen 2018.

56 Im Einzelnen die Berliner Fraktionsvorsitzenden, Carola Bluhm und Udo Wolf, sowie die Vorsitzende der Brandenburger LINKEN, Anja Mayer, und die stellv. Berliner Parteivorsitzende Sandra Brunner.

57 Vgl. Kalbe 2018.

58 Die Mitgliederzahlen und deren Entwicklungen stützen sich in diesem Abschnitt – wenn nicht abweichend angegeben – auf Niedermayer 2020, S. 6.

59 Vgl. Jesse 2008, S. 66f.

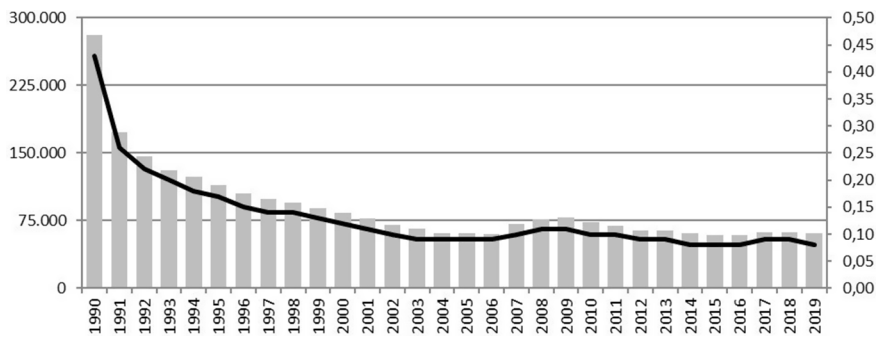
konnte die Partei zwischen 1990 und 2006 zu keiner Zeit einen Zuwachs der absoluten Mitgliederzahlen erreichen.

Erst durch eine weitere Zäsur in der Parteigeschichte stieg erstmals in den Jahren 2007 bis 2009 die Mitgliederzahl: Die Partei verzeichnete mit einer Entwicklung von 60.000 auf 78.000 Parteimitglieder in dieser Zeit einen deutlichen Zuwachs, der auf die Fusion von WASG und PDS zur Partei DIE LINKE zurückzuführen ist. Die neuen Mitglieder aus der ehemaligen WASG rekrutierten sich dabei fast ausschließlich aus den alten Bundesländern, wodurch die PDS strukturell vom langfristig wenig erfolversprechenden Konzept der rein lokal verankerten Regionalpartei Ost⁶⁰ Abkehr nahm.

Elektorale Erfolge in den alten Bundesländern blieben jedoch in den Folgejahren aus (vgl. Abschnitt 2.1). Zwischen 2010 und 2013 verlor DIE LINKE nicht nur ihre Landtagsmandate in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, sondern auch zahlreiche Parteimitglieder: Im Jahr 2013 besaßen mit 63.700 Mitgliedern nur noch geringfügig mehr Menschen ein LINKEN-Parteibuch als 2006 vor der Fusion mit der WASG.

Nach der Bundestagswahl 2013 waren die Folgejahre von einem leichten Schwund bis hin zu einem stagnierenden Mitgliederbestand geprägt. 2015 und 2016 sank die Zahl auf einen Tiefststand von etwa 59.000 Mitgliedern, im Bundestagswahljahr 2017 traten hingegen 3000 Menschen der Partei bei. 2019 belief sich nach einem wiederholten leichten Rückgang die Zahl der LINKEN-Mitglieder auf knapp 61.000 (Abb. 2).

Abbildung 2: Absolute Mitgliederbestände (graue Balken, linke Skala) und Rekrutierungsfähigkeit in Prozent (schwarze Linie, rechte Skala) der LINKEN (1990–2019)



Quelle: Eigene Darstellung auf Datengrundlage von Niedermayer 2020

Neben den absoluten Mitgliederzahlen bietet die Rekrutierungsfähigkeit der Partei einen weiteren nützlichen Indikator für die Mitgliederentwicklung. Diese bildet die absolute Zahl der Mitglieder in Relation zur beitriffsberechtigten Bevölkerung ab. Der daraus resultierende Prozentwert gibt an, wie groß der Anteil der Parteimitglieder an jenen beitriffsberechtigten Bürgern ist. Im bundesweiten Vergleich folgt die Kurve der Rekrutierungsfähigkeit dabei etwa dem Verlauf des absoluten Mitgliederbestands, wobei nach

60 Vgl. Jesse 2008, S. 84.

2011 eine deutliche Stagnation feststellbar ist: In den Folgejahren lag der Anteil der parteiberechtigten Bevölkerung, der tatsächlich ein Parteibuch der LINKEN besitzt, konstant zwischen 0,08 und 0,09 Prozent (vgl. Abb. 2). Die Rekrutierungsfähigkeit der LINKEN bewegte sich damit 2019 im Vergleich zu den anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien unterhalb des Niveaus von CDU/CSU (0,77 Prozent), SPD (0,58 Prozent) und Grünen (0,13 Prozent) und entsprach etwa dem Wert der FDP (0,09 Prozent).⁶¹ Lediglich die AfD erreichte im selben Jahr mit 0,05 Prozent einen niedrigeren Wert⁶², wobei dieser unter dem Gesichtspunkt einer steigenden Mitgliederzahl betrachtet werden muss, die – sollte sich der Aufwärtstrend fortsetzen – auch den Wert der Rekrutierungsfähigkeit in den nächsten Jahren positiv beeinflussen wird.

Einen differenzierteren Blick erlaubt die Analyse der LINKEN-Rekrutierungsfähigkeit nach Landesverbänden (Abb. 3), in der die Dominanz der ostdeutschen Flächenländer sowie der Stadtstaaten – zumindest relativ zur beitragsberechtigten Bevölkerung – deutlich wird. Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt reihen sich mit Werten zwischen 0,18 und 0,25 Prozent klar oberhalb der westdeutschen Flächenstaaten ein, die zwar mit NRW den (an absoluten Mitgliederzahlen gemessen) größten Landesverband der Partei beinhalten, sich jedoch hinsichtlich der Rekrutierungsfähigkeit lediglich zwischen 0,03 und 0,06 Prozent bewegen. Lediglich die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen erreichen mit jeweils 0,11 Prozent einen vergleichsweise höheren Wert im westdeutschen Kontext, welcher vermutlich auf das progressive, urbane Profil der Partei zurückgeführt werden kann.⁶³ Einen Sonderfall bildet das Saarland, das sich 0,21 Prozent dem ostdeutschen Niveau anschließt. Eine schlüssige Erklärung für diesen hohen Wert bietet der Wechsel des ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine von der SPD zur WASG im Jahr 2005 und dessen Mitgliedschaft in der LINKEN als Folge der Parteienfusion 2007 (vgl. Abschnitt 2.1). Durch die Popularität Lafontaines⁶⁴ konnte die im Westen isolierte Regionalpartei Ost erstmals größere Akzeptanz und einen merklichen Mitgliederzuwachs in einem westdeutschen Bundesland verzeichnen.⁶⁵

Hinsichtlich der absoluten Mitgliederbestände, differenziert nach ostdeutschen und westdeutschen Parteimitgliedern, wird zunächst die deutliche Überrepräsentation der neuen Bundesländer erkennbar, die bereits durch die Analyse der Rekrutierungsfähigkeit einzelner Landesverbände bestätigt wurde: Auch etwa 30 Jahre nach der Wiedervereinigung stellen ostdeutsche Parteimitglieder noch eine knappe Mehrheit im innerparteilichen Gesamtkontext dar (Abb. 4). Dennoch kann mit Blick auf die relativen Mitgliederanteile eine offenkundige Tendenz festgestellt werden, die sich zunächst in einer Annäherung an 50 Prozent auf beiden Seiten äußert. Die vorausschauende Sicht auf mittel- und langfristige Entwicklungen lässt darüber hinaus den Schluss zu, dass westdeutsche Parteimitglieder künftig die Mehrheit stellen werden, sollte sich der – seit Mitte der

61 Vgl. Niedermayer 2020, S. 8.

62 Vgl. ebenda.

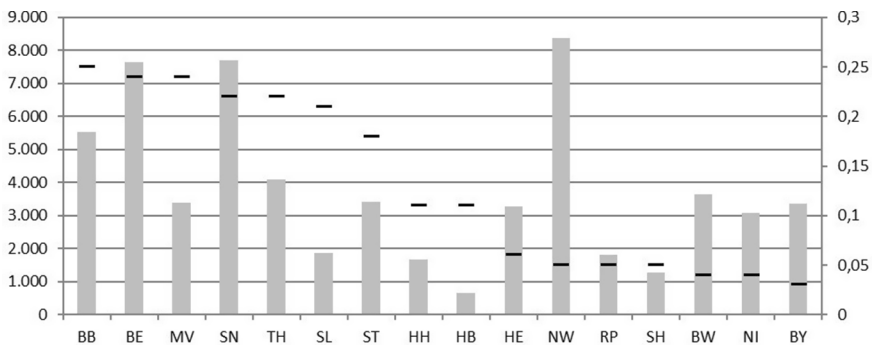
63 Vgl. hierzu Abschnitt 5.1

64 Vgl. Jun/Minas 2023, S. 84f.

65 Vgl. Kirch 2012, S. 130–135.

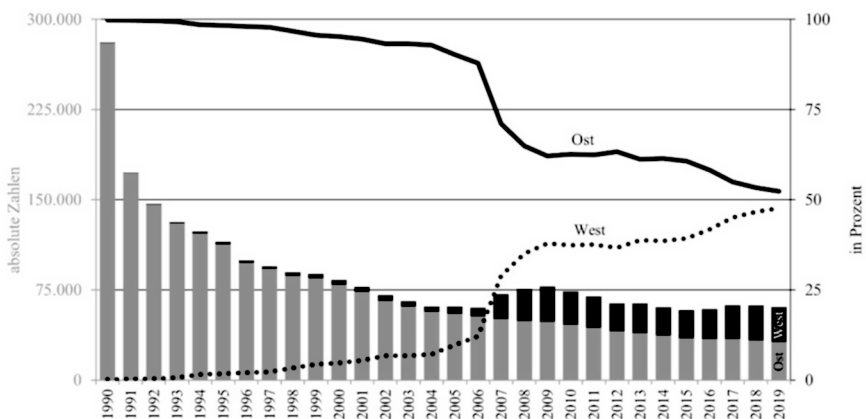
1990er Jahre konstante – Trend fortsetzen. Neben dem Rückgang ostdeutscher Parteimitgliederbestände aufgrund der nicht durch Neueintritte kompensierten Zahl an Abgängen und Todesfällen ist in Abbildung 4 zudem ebenfalls die Parteienfusion im Jahr 2007 als deutlichste Zäsur erkennbar, die sich in einem außerordentlichen Anstieg der westdeutschen Parteimitglieder von 12,1 Prozent auf 28,9 Prozent äußerte.⁶⁶

Abbildung 3: Absolute Mitgliederbestände (graue Balken, linke Skala) und Rekrutierungsfähigkeit in Prozent (schwarze Querstriche, rechte Skala) der LINKEN nach Ländern (2019), absteigend sortiert nach Rekrutierungsfähigkeit



Quelle: Eigene Darstellung auf Datengrundlage von Niedermayer 2020

Abbildung 4: Absolute Mitgliederbestände von PDS, Linkspartei und DIE LINKE 1990–2019 (Balken, linke Skala) und relativer Anteil ostdeutscher (inklusive Berlin) und westdeutscher Parteimitglieder am Gesamtmitgliederbestand (Linien, rechte Skala)



Quelle und Darstellung: Träger 2020b, S. 8.

66 Vgl. Träger 2020b, S. 7.

Die Tendenz hin zu einem immer größeren Anteil westdeutscher Parteimitglieder wirkt sich folglich absehbar auf innerparteiliche Machtverhältnisse, die Willensbildung und Entscheidungsprozesse aus. Gremienbesetzungen, Delegiertenschlüssel und nicht zuletzt die Zusammensetzung der Parteispitze könnten unmittelbar von einem strukturellen und organisatorischen Wandel von der Regionalpartei Ost hin zu einer Partei mit bundesweit ausgeglichenen Mitgliederbeständen beeinflusst werden.⁶⁷

67 Vgl. ebenda, S. 8.